

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Kein Abriss von Isar 1 unter einem beladenen Brennelemente-Becken (Drs. 17/13694)**

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Steinberger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Rosi Steinberger (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das bayerische Umweltministerium steuert einen gefährlichen Kurs. Erstmals in Deutschland darf ein Atomkraftwerk abgerissen werden, obwohl der Reaktor noch mit abgebrannten Brennelementen voll ist. Es geht um den Reaktor Isar 1 bei Landshut. Dieses AKW soll auf Wunsch des Betreibers so schnell wie möglich rückgebaut werden. Wir sagen jedoch, hier muss Sicherheit vor Schnelligkeit gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Isar 1 gibt es eine Gefahrenstelle. Das Abklingbecken dieses Reaktors ist mit 1.700 Brennelementen gefüllt. Das sind 300 Tonnen hoch radioaktives Material. Dieses Lagerbecken liegt bei dieser Baureihe außerhalb des Sicherheitsbehälters und ist denkbar schlecht geschützt. Teilweise sind die Wände, die den Atommüll schützen sollen, weniger als 40 cm dick – manche Einfamilienhäuser haben dickere Wände. Dazu kommt, dass täglich Hunderte von Passagierflugzeugen darüber fliegen und der Reaktor auch gegen Terroranschläge alles andere als gut geschützt ist.

Jetzt könnte man sagen, das Atomkraftwerk ist schon vor sechs Jahren abgeschaltet worden, und deshalb ist die Gefahr nicht mehr ganz so groß. – Das stimmt. Die Brennelemente im Abklingbecken müssen aber nach wie vor ständig gekühlt werden und ständig unter Wasser bleiben. Es ist nicht auszudenken, was passiert, wenn dieses Becken beim Abriss des Reaktorgebäudes beschädigt würde.

Die Firma PreussenElektra – früher hieß sie noch E.ON – hat nun die Abrissgenehmigung vom Umweltministerium erhalten. In dieser Genehmigung gibt es aber keine Auflagen für die Brennstofffreiheit. Es gibt keine Auflage, dass die Brennelemente erst aus dem Lagerbecken entfernt werden müssen, bevor mit dem Abriss begonnen werden darf. Im Gegenteil: Der Betreiber erhält einen Freibrief dafür, wann und wo er mit dem Abriss beginnt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist einmalig in Deutschland und, soweit wir wissen, auch weltweit. Noch nie wurde ein solches Risiko eingegangen. Das ist grob fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind mit unserem Ansinnen nicht allein. Auch die Entsorgungskommission des Bundes empfiehlt aus sicherheitstechnischer Sicht eine schnellstmögliche Räumung des Nasslagers, und zwar bevor

mit dem Abriss begonnen wird und nicht danach. Ein Gutachten, das die GRÜNEN-Fraktion in Auftrag gegeben hat, kommt zum gleichen Schluss, nicht aber die Staatsregierung; sie sieht hier kein Problem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier wird ohne Not ein Risiko eingegangen. Damit macht man die Anwohner des AKW Isar 1 zu Versuchskaninchen und hofft, dass schon alles gut gehen wird. Zu den Anwohnern rund um Isar 1 möchte ich noch anmerken, dass man meint, es seien nicht so viele. Im Umkreis von 20 km leben aber über 200.000 Menschen. Wir sagen deshalb: Die Sicherheit dieser Menschen muss wesentlich höher aufgehängt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Früher gab es noch das Argument, es stünden keine passenden Castoren zur Verfügung; allerdings tragen die Betreiber auch einen Teil der Verantwortung dafür, dass das so gewesen ist. Nun gibt es diese Castoren aber, und es könnte schon bald mit der Beladung begonnen werden. Wir fragen uns deshalb, warum das Ministerium die Brennstofffreiheit nicht vorschreibt, bevor im Reaktorgebäude abgerissen werden darf. Ist die Staatsregierung vor dem Betreiber eingeknickt?

Der Stand von Wissenschaft und Technik sollte das Grundprinzip bei der Atompolitik sein. Die Staatsregierung weicht ohne Not von diesem Grundprinzip ab. Ich verstehe dieses Vorgehen nicht; denn Sicherheit muss vor Schnelligkeit gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Bitte an das Umweltministerium ist deshalb: Bessern Sie Ihren Genehmigungsbescheid in dieser Hinsicht nach! – Zum Schutz der niederbayerischen Bevölkerung bitte ich Sie um Zustimmung zu dem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)